Presseinformation 11-18

30.01.18

CSU-Initiative gegen neue Stellen im Naturschutz Abstimmung am Mittwoch im Landtag – LBV befürchtet schweren Schlag gegen den Naturschutz in Bayern

Hilpoltstein, 30.01.2018 – Im Nachtragshaushalt 2018 hatte das bayerische Kabinett bereits acht neue Stellen für die unteren Naturschutzbehörden in Bayern bewilligt, doch diese sollen nun wieder gestrichen werden. Auslöser ist ein unbegründeter Antrag mehrerer CSU-Abgeordneter, der am Mittwoch im Finanzausschuss behandelt wird. „Das ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang. Eine Genehmigung des Antrags wäre ein schwerer Schlag gegen den Naturschutz in Bayern“, so der LBV-Vorsitzende Norbert Schäffer. „Gerade in der Naturschutzverwaltung brauchen wir dringend mehr Fachpersonal. Die Ankündigungen des designierten Ministerpräsidenten haben uns Hoffnung gemacht, auch hier den Rückhalt der Politik zu bekommen“, sagt Schäffer weiter.

Der designierte Ministerpräsident Markus Söder hatte mit der Vorstellung seines 10-Punkte-Plans Mitte Januar ein positives Signal für den Naturschutz in Bayern gesetzt, da das Motto seines Naturpakets lautete: „Naturschutz flächendeckend in Bayern“. Und eben dieser flächendeckende Naturschutz liegt zu einem großen Teil in den Händen der unteren Naturschutzbehörden (UNB) an den 71 Landratsämtern. Während die Aufgabenbereiche der UNBs in den letzten Jahren jedoch durch zusätzliche neue Themen und Anforderungen immer größer werden, wird dort die Personalnot immer akuter. „Die Ankündigungen von Seiten der Staatsregierung haben bei uns die Hoffnung geweckt, dass der Naturschutz in Bayern die dringend notwendige Unterstützung bekommt“, sagt Schäffer. „Die personelle und finanzielle Ausstattung der Verwaltung ist dabei die Messlatte, wie ernst es der Staatsregierung mit ihren Ankündigungen wirklich ist.“

Nach Ansicht des LBV wären die aus dem Nachtragshaushalt zugesagten acht neuen Stellen für die unteren Naturschutzbehörden nur konsequent. Diese Stellen nun wieder zu streichen – aufgrund eines Antrags weniger Abgeordneter ohne eine Begründung – ließe die Ernsthaftigkeit der politischen Versprechen verpuffen. Der LBV hofft jedoch, dass die Glaubwürdigkeit der Staatsregierung in Sachen Naturschutz am Mittwoch im Landtag gestärkt werden kann.

Ihre Ansprechpartnerin für weitere Informationen:

Kathrin Struller, Referentin des LBV-Vorsitzenden, E-Mail: kathrin.struller@lbv.de, Tel: 09174/4775-7030.